



Christian Höcke, Oliver Junk

Wer macht morgen noch Kommunalpolitik?

Das kommunale Ehrenamt bildet das Fundament der lokalen Demokratie in Deutschland. Doch aktuelle Entwicklungen zeigen regional unterschiedliche Trends bei der Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten für Gemeinderäte. Dieser Artikel wirft einen Blick auf diese Entwicklungen, mögliche Ursachen und skizziert Handlungsbedarfe, um die kommunale Ratsarbeit attraktiver zu gestalten sowie die Handlungsfähigkeit lokaler Gremien und damit die kommunale Selbstverwaltung zu stärken.

In ganz Deutschland engagieren sich etwa 600.000 Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich in Stadt- und Gemeinderäten, Kreistagen, Ortsteilvertretungen, als ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie in Beiräten (Decker 2021). Sie tragen Verantwortung für die Entwicklung ihrer Kommunen und bilden damit das Herzstück der Demokratie vor Ort, häufig neben Beruf und Familie. Ihre Aufgaben sind zentral für die kommunale Selbstverwaltung und damit systemrelevant.

Seit einiger Zeit ist dieses Engagement jedoch unter Druck geraten. Es mehren sich Stimmen zu sinkenden Zahlen von Kandidatinnen und Kandidaten in verschiedenen dieser ehrenamtlichen Betätigungsfelder, besonders bei ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern (vgl. Körber Stiftung 2026), was in manchen Kommunen gar leere Wahlzettel zur Folge hat.¹ Doch auch in den Gremien der Gemeinderäte, die in diesem Text im Fokus stehen, nehmen Herausforderungen zu. So sind in vielen Kommunen Rückgänge von Kandidaturen zu beobachten (Höcke 2025, forsa 2025). Die Gründe hierfür sind vielfältig. Konkret berichten ehrenamtliche kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger von abnehmenden Gestaltungsmöglichkeiten, einem wachsenden Unmut der Bevölkerung gegenüber der Politik, davon, dass ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger Erwartungen an sie stellen, die nicht erfüllt werden können, und auch von Anfeindungen oder sogar Bedrohungen (forsa 2025).

Diese Entwicklungen geben Grund zur Sorge, weil die Kommunen und ihre Verwaltungen derzeit stark belastet sind. Die finanziellen Mittel werden vielerorts knapper, die Aufgabenlast steigt und auch der Fachkräftemangel

ist immer stärker zu spüren. Umso mehr müssen Verwaltung und Kommunalpolitik gut zusammenarbeiten. Dafür werden engagierte ehrenamtliche Personen benötigt, die diese Aufgabe übernehmen, die Entwicklung vor Ort voranbringen und wichtige Entscheidungen gemeinsam tragen.

Gemeinderäte in Deutschland – ein Überblick

In den 13 Flächenländern in Deutschland gibt es etwa 170.000 Mandate in Stadt- und Gemeinderäten (vgl. Abb. 1). Der Großteil von ihnen entfällt dabei auf kleinere Städte und Gemeinden unterhalb der Größe von 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Wie sich die Kandidaturen im Zeitverlauf in Deutschland entwickeln, kann in vielen Bundesländern nicht nachvollzogen werden. Hierzu fehlen schlicht die Statistiken, wie eine Abfrage des vhw im vergangenen Jahr in allen statistischen Landesämtern und -wahlleitungen der Flächenländer ergeben hat – was aufgrund der hohen Bedeutung der ehrenamtlichen Ebene schwer nachzuvollziehen ist. Nur für einzelne Länder liegen diese vor, und

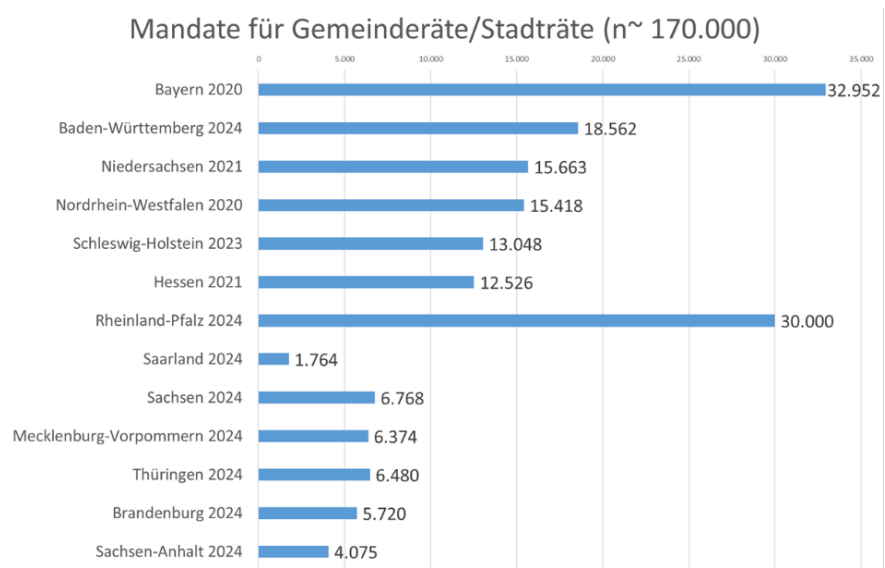


Abb. 1: Gemeinderatsmandate im Überblick (eigene Abbildung; Datenquellen: Statistische Ämter und Landeswahlleitungen der Bundesländer, Kommunalwahlen 2020–2024)

¹ <https://www.br.de/nachrichten/bayern/wahl-ohne-kandidaten-wie-ein-dorf-seinen-buergermeister-fand,VDAuw3p>; <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/buergermeisterwahl-setzungen-keine-bewerber-kandidaten-100.html>

erkennbar wird dort eine heterogene Entwicklung: So hat die Zahl der Kandidierenden von 2014 bis 2024 in Baden-Württemberg (+5 %) und Brandenburg (+7 %) zugenommen, in Sachsen-Anhalt (-8 %) und Sachsen (-3 %) sind Rückgänge zu verzeichnen.

Entwicklung von Kandidaturen auf Gemeindeebene

Die zuvor genannten Entwicklungen auf Landesebene sagen jedoch noch wenig über die konkrete Lage in den Kommunen aus, denn diese unterscheidet sich zum Teil erheblich. Auf kommunaler Ebene ist die Datenlage noch dünner. Gut nachvollzogen werden kann die Entwicklung in Sachsen und Baden-Württemberg. Abbildung 2 zeigt die prozentualen Veränderungen der Kandidaturen für die Gemeinderatswahlen in Sachsen auf Ebene der Kreise zwischen 2014 und 2024. Dargestellt in den Kästen sind jeweils die mittleren 50 % der Kommunen im jeweiligen Kreis. Das heißt am Beispiel des Erzgebirgskreises, dass dort die Veränderung in der Hälfte der Kommunen zwischen -30 und +10 % lag. Der größte Zuwachs in einer Kommune lag bei rund +59 %, die größte Abnahme lag bei knapp -64 %.

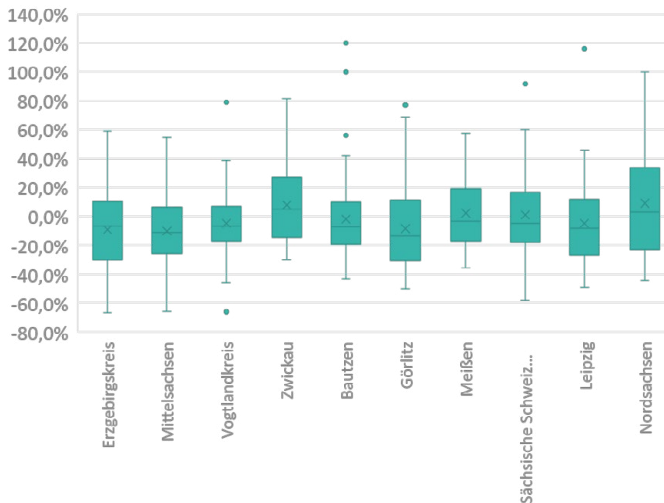


Abb. 2: Veränderungen der Kandidierenden in Prozent (eigene Berechnungen, Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen)

Die Zahlen sind relativ zu sehen. So haben in der Kommune im Erzgebirgskreis mit dem größten Zuwachs im Jahr 2014 insgesamt zehn Personen mehr um die zehn Gemeinderatssitze kandidiert als 2014. In der Kommune mit dem größten Verlust waren es 36 Personen weniger. In 239 von 415 Kommunen in Sachsen hat die Zahl der Kandidaturen in zehn Jahren abgenommen. Der Mittelwert des prozentualen Rückgangs liegt bei -22,3 %, absolut liegt er bei -8,6 Personen (zwischen -1 und -50 Bewerberinnen und Bewerbern).

Die Veränderungen fallen also auch in absoluten Zahlen sehr unterschiedlich aus und sind sicherlich nicht überall ein Grund zur Besorgnis. Sie schlagen jedoch dort umso mehr ins Gewicht, wo die Gemeinderäte kleiner sind und im Verhältnis schon im Vorfeld weniger Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung stehen. Dies trifft besonders auf kleine Kommunen zu. Hier ist die Quote der Kandidierenden je Gemeinderatssitz deutlich niedriger als in größeren Städten. Veranschaulicht wird dies anhand der Tabelle in Abbildung 3. So haben sich in über 80 % der 133 sächsischen Gemeinden unter 2500 Einwohnern weniger als zwei Personen im Jahr 2024 um einen Gemeinderatssitz beworben. Bei den Kommunen ab einer Größe von 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern waren es mindestens drei Personen.

Ein Blick auf die Zusammensetzung der Gremien offenbart bei der Suche nach Nachwuchs eine weitere zentrale Herausforderung. Es gibt nicht nur in vielen Kommunen tendenziell zu wenige Kandidatinnen und Kandidaten, sondern es fehlt auch an einem gesunden Mix: Vor allem in ländlichen Regionen ist die politische Repräsentation männlich dominiert, der Frauenanteil in den kommunalen Vertretungen liegt insgesamt durchschnittlich nur bei circa 30 % (Destatis 2025). Für gute Kommunalpolitik ist jedoch eine angemessene Repräsentation unterschiedlicher Lebensperspektiven entscheidend. So sind es auch gerade junge Mütter und Väter, die die Zukunft in einer Kommune prägen sollten. Sie werden jedoch häufig durch fehlende Zeit, Betreuungslasten und hohe Alltagsverdichtung daran gehindert, sich kommunalpolitisch zu engagieren.

Die Erklärungsmodelle für Unterrepräsentanz sind vielfältig². Im Ergebnis bleibt es dabei, dass die Arbeit in den kommunalen Vertretungen als unattraktiv wahrgenommen wird, der Aufwand einer Kandidatur und der Mandatsübernahme sich als nicht „lohnend“ darstellt.

Wie kommunale Ratsarbeit attraktiver werden kann

Es werden also neue und andere Impulse benötigt. Zu klären ist etwa, wie das kommunale Mandat so verändert werden kann, dass sich Anreize für Kandidaturen und Verantwortungsübernahme im kommunalpolitischen Ehrenamt erhöhen. Für die notwendige Attraktivitätssteigerung des kommunalpolitischen Mandats gibt es Handlungsfelder auf verschiedenen Ebenen. In den Kommunen existieren Stellschrauben, die ganz ohne Änderungen der Gemeindeordnungen auskommen. Dazu zählen beispielsweise die Flexibilisierung von Sitzungszeiten, um etwa Familien mit Kindern und Berufstätigen einen besseren Zugang zu ermöglichen. Was spricht gegen wechselnde Sitzungstage,

² Es darf hier auf die Sozialisations-, Abkömmlichkeits-, Sozialstruktur-, Wahlrechts-, Diskriminierungs-, Quoten- und Gemeindegrößenthese verwiesen werden.



Gemeindegröße (Einw.) und Anzahl der Kommunen (n)	Bewerberquote je Gemeinderatssitz pro Gemeindegrößenklasse						
	< 1	1 - < 1,5	1,5 - < 2,0	2,0 - < 2,5	2,5 - < 3,0	3,0 - < 3,5	> 3,5
< 2.500 (n=133)	3,0%	41,4%	40,6%	12,0%	1,5%	1,5%	0,0%
2.500 - <5.000 (n=123)	0,0%	22,0%	40,7%	23,6%	13,0%	0,8%	0,0%
5.000 - < 10.000 (n=92)	0,0%	4,3%	26,1%	40,2%	17,4%	8,7%	2,2%
10.000 - < 20.000 (n=42)	0,0%	0,0%	7,1%	23,8%	31,0%	23,8%	14,3%
20.000 - < 30.000 (n=13)	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	38,5%	61,5%
30.000 - < 40.000 (n=5)	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	20,0%	80,0%
> 40.000 (n=4)	0,0%	0,0%	0,0%	25,0%	0,0%	25,0%	50,0%

Abb. 3: Kandidierendenquote nach kommunaler Größe (eigene Abbildung, Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen)

rotierende Uhrzeiten oder Sitzungstage mit mehreren kommunalen Gremiensitzungen?

Auch die Digitalisierung der Gremienarbeit kann dabei helfen, einfacher an Sitzungen teilnehmen zu können. Des Weiteren stellen die Anzahl der Ausschüsse und informeller Gremien, die Sitzungskultur, die Unterstützungsmöglichkeiten für neue Personen in der Kommunalpolitik und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung wichtige Stellschrauben dar, um kommunale Ratsarbeit attraktiver zu gestalten. Vor allem die Landesgesetzgeber sind in der Pflicht, politisches Ehrenamt auf kommunaler Ebene zu befördern. Die beinahe flächendeckende Einführung der Möglichkeiten von hybriden Gremiensitzungen ist ein Beispiel dafür. Erstaunlich ist an dieser Stelle, dass die Mehrzahl der Kommunen diese Möglichkeiten nicht nutzt.

Erfreulich zu werten ist, dass etwa die Diskussion um temporäre Vertretungsmöglichkeiten kommunaler Mandatsträger bei familiären oder beruflichen Zwängen an Kraft gewinnt (vgl. Junk 2025). Die Tätigkeit in Orts- und Gemeinderäten benötigt zudem deutlich stärkere und positive Sichtbarkeit, z. B. durch lokale Informationskampagnen – etwa überparteiliche Informationsveranstaltungen und Mitmachformate, die nahbar vermitteln, dass demokratische Gestaltung vor Ort gelingt. Jenseits von der Abarbeitung von Haushaltskonsolidierungslisten müssen Ratsmitglieder an der Gestaltung ihres Ortes beteiligt werden. Kommunale Gremiensitzungen kommen vielerorts leider immer noch sehr tradiert daher. Es braucht gute Vorbereitungen durch die Verwaltungen und vollständig digitalisierte Abläufe. Nötig sind dazu auch gute technische Ausstattungen: Tablets, digitale Ratsinfosysteme und Dokumentenmanagementsysteme.

Auch das Thema Qualifizierung und Schulung ist relevant. Dies betrifft die Schulung von Sitzungsleitungen in Räten und Ausschüssen, um eine faire und lebhafte Debattenkultur durch gute Moderation zu fördern. Auch die kommunalpolitischen Themen werden komplexer. Fachwissen zum Kommunalrecht und zu spezifischen Themen, wie beispielsweise Bauleitplanung und Haushaltsrecht, sind notwendig, helfen ehrenamtlichen Mitgliedern wie der Verwaltung und machen damit die Ratsarbeit effizienter und attraktiver.

Fazit

Die Aufgabe, kommunale Ratsarbeit zu stärken und attraktiv zu gestalten, ist umfangreich und komplex. Arbeitsprozesse und Arbeitskultur der Gremien lassen sich etwa konkret vor Ort steuern und durch das Zutun weiterer Akteure, wie der Verwaltung und der Landespolitik, positiv beeinflussen. Entscheidend ist jedoch, die Handlungsfähigkeit der Gremien zu erhöhen. Notwendig ist ein positives Bild der kommunalpolitischen Arbeit in der Bevölkerung und die Wahrnehmung, dass die gewählten Vertreterinnen und Vertreter die Zukunft vor Ort aktiv gestalten und im Sinne lokaler Bedarfe verändern können. So kann auch das Interesse wachsen, sich selbst einzubringen.

Vermieden werden sollte, etwa durch Gebietsreformen und die Abschaffung von Ortsräten, den Kandidatenmangel durch eine Reduzierung der Mandate zu lösen. Die aktuelle Demokratiekrise wird dadurch sicher nicht bewältigt. Zudem wird mehr Wissen darüber benötigt, wie die großen Unterschiede in der zahlenmäßigen Entwicklung der Kandidaturen in den Kommunen zustande kommen. Was zählt in den Kommunen mit regen Zuwächsen, Wettbewerb und Interesse an kommunaler Ratsarbeit konkret auf die positiven Entwicklungen ein und welche Gründe sind für Rückgänge besonders verantwortlich? Hierzu ist eine Studie am Beispiel Sachsens der Universität Leipzig in Arbeit.



Christian Höcke

Seniorwissenschaftler beim vhw e. V., Berlin



Prof. Dr. iur. Oliver Junk

Professur für Verwaltungsrecht am
Fachbereich Verwaltungswissenschaften der
Hochschule Harz, Halberstadt

Quellen:

Decker, F. (2021): Herausforderungen der lokalen Demokratie. In: Die Kommunale Zeitung. Jg. 18, Ausgabe 3. URL: https://sgk.nrw/5341783e06086daf-c5d1178a3908387754ed7096/5f4ba4a0-729b-9b5e-c13c-a8687ca1169d/tap2-quZ1v4_dec/KOMMUNALE_2021-03_Netzversion.pdf.



Destatis (2025): Frauen in Parlamenten in Deutschland nach wie vor unterrepräsentiert, Pressemitteilung Nr. N010 des Statistischen Bundesamtes vom 05.03.2025, URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/03/PD25_N010_13.html.

forsa (2025): Die Situation von Stadt- und Gemeinderäte. Ergebnisse einer Befragung für die Körber-Stiftung. URL: https://koerber-stiftung.de/6a8055a7d833a54b054484230b8d8b5c53b33d71/5f4ba4a0-729b-9b5e-c13c-a8687ca1169d/tap2_Kqxla9_dec/ergebnisbericht-stadt-und-gemeinderaten-inkl-zusammenfassung.pdf.

Höcke, Christian (2025): Kommunalpolitisches Ehrenamt – Eckpfeiler der Entwicklung ländlicher Räume unter Druck? In: Forum Wohnen Stadtentwicklung, Heft 3 2025, S. 145–148. URL: https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08/publikationen/verbandszeitschrift/FWS/2025/3_2025/FWS_3_2025_Hoecke.pdf.

Junk, Oliver (2025): Temporäre Vertretungsregelungen im Gemeinderat – zur notwendigen Ruhepause des kommunalpolitischen Ehrenamtes, LKV 10/2025, S. 440 ff.

Körber-Stiftung (2026): Verwalten ohne gestalten: Die großen Sorgen ehrenamtlicher Bürgermeister. Pressemitteilung vom 3. März 2026. URL: https://koerber-stiftung.de/52b3234a049f471b85cbc3235896ad3ecadd3d9f/5f4ba4a0-729b-9b5e-c13c-a8687ca1169d/tap2_imknxJ_dec/260303_pm_verwalten-ohne-gestalten.pdf.

Wer macht morgen noch Kommunalpolitik?

Zu diesem Thema lädt die Hochschule Harz zusammen mit dem vhw e. V. am 17. Juni 2026 zu einer kostenfreien Fachtagung nach Wernigerode ein. Bitte melde Sie sich gern dazu an!

In ganz Deutschland engagieren sich Tausende Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich in Stadt- und Gemeinderäten sowie Ortsvertretungen. Sie tragen Verantwortung – neben Beruf und Familie. Sie sind systemrelevant, ohne Ehrenamt keine kommunale Selbstverwaltung. Doch die Bereitschaft zur Kandidatur sinkt. Frauen sind unterrepräsentiert. Viele Menschen in der „Rushhour des Lebens“ können kaum noch erreicht werden.

Unsere Fachtagung geht deshalb der Frage nach: **Wie gewinnen wir Menschen für kommunalpolitisches Engagement und wie schaffen wir Bedingungen, unter denen sie bleiben?**

Verschiedene Impulsvorträge, eine Podiumsdiskussion und unterschiedliche Workshops bieten die Möglichkeit, konkrete Aspekte zu beleuchten.

Link:

<https://www.hs-harz.de/forschung/tagungen/kommunales-ehrenamt>



Das Baugesetzbuch Gesetze und Verordnungen zum Bau- und Planungsrecht

Textausgabe

16. Auflage, 700 Seiten, DIN A5

Softcover: 39,50 € zzgl. Versand

ISBN: 978-3-87941-868-8

Die 16. überarbeitete Auflage der Textausgabe „Das Baugesetzbuch – Gesetze und Verordnungen zum Bau- und Planungsrecht“ enthält alle Rechtsänderungen zum Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und bringt das BauGB auf den Stand vom 23. Dezember 2025. Berücksichtigt sind u. a. Änderungen der BauNVO, PlanZV, des BNatSchG, ROG, UVPg und UmwRG. Neu aufgenommen wurde das Windenergieflächenbedarfsgesetz. Synopsen machen die Neuerungen und Fassungsvergleiche der BauNVO übersichtlich nachvollziehbar.

Bestellen Sie jetzt Ihr Exemplar: vhw.de/publikationen/fachbuecher-fortbildung/details/das-baugesetzbuch-gesetze-und-verordnungen-zum-bau-und-planungsrecht/



vhw Verlag